

Sie lud zum Pressegespräch und hatte sich weibliche Verstärkung dazu mitgebracht in Gestalt von Senatorin und Bezirksbürgermeisterin. Petra Pau will künftig im Dreiklang von Bund, Land, Bezirk über ihr Tun informieren. Seiten 3

Kulturpolitik ist Sozialpolitik. Nach dieser Maxime sind die Regierenden in Berlin auch bei der Haushaltsplanung vorgegangen. Wolfgang Brauer informiert, wie sich die Konturen linker Kulturpolitik erkennen lassen Seite 5

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 27. - mit den Themen: Keine Versöhnung mit Deutschland! / Reaktion auf offenen Brief des BundessprecherInnenrates der Linksjugend an die SAV Seite 7

Bildungsreform in Marzahn: **Der Bezirk ist vorbereitet**

Es herrschte Arbeitsatmosphäre im Hellersdorfer „Baukasten“, als die Abgeordnete Dr. Gabriele Hiller das Gespräch mit Bildungsstadtrat Stefan Komoß zu Schulreform, ihrer Bedeutung und Umsetzung im Bezirk, moderierte. Interessierte Eltern, LehrerInnen und BildungspolitikerInnen waren gekommen, um zu diskutieren und ihre Fragen zum Stand der Vorbereitung der Bildungsreform in Marzahn-Hellersdorf zu stellen.

SPD-Stadtrat Komoß erläuterte anschaulich die Veränderungen, die in der Schullandschaft zu erwarten sind. Bereits seit März liegt das Konzept der künftigen Planung vor und wird in den entsprechenden Gremien diskutiert. Dadurch, dass der Bezirk bereits in den Vorjahren auf sinkende Schülerzahlen reagiert und Schulfusionen und -schließungen Schritt für Schritt vorgenommen hat, bleibt jetzt ein tiefer Einschnitt erspart. Standortbezogen wird lediglich die Johannes-Falk-Schule in Hellersdorf aufgegeben.

Zum Schuljahresbeginn im September 2010 werden alle weiterführenden Schulen des Bezirks in die Umstrukturierung einbezogen. Im Ergebnis wird es zehn Integrierte Sekun-

lern wird also nicht nur an den beiden Gemeinschaftsschulen des Bezirks stattfinden, sondern ab 7. Klasse nunmehr auch an den Sekundarschulen. Parallel dazu ist es mög-



Stadtrat Stefan Komoß und Dr. Gabriele Hiller beim Gespräch über Schule im Bezirk
Foto: S. Schwarz

lich, an den Gymnasien nach zwölf Jahren das Abitur zu machen, die beiden IS Virchow- und Haeckelschule werden in Kooperation aller

ten und abgestimmt wird, ist der Bezirk auf einem sehr guten Weg. Dennoch blieben Fragen nicht aus. Unklarheiten gab es z. B. zu den Zugangskriterien für die einzelnen Schulen, auch zum Auswahlmodus

bei zu großem Andrang auf eine bestimmte Schule. Herr Komoß sicherte zu, dass alle SchülerInnen im Schultyp ihrer Wahl im Bezirk unterrichtet werden können - wenn auch nicht in jedem Fall an der konkret gewünschten Schule. Das Thema des Neubaus einer „Kiezschule“ im Wohngebiet an den Ringkolonnaden wurde angesprochen - hier zeigt sich, dass noch einiges an Argumentation und Vorleistungen zu erbringen ist, um den Senat von der Notwendigkeit einer solchen Schule an diesem Standort zu überzeugen.

Gabriele Hiller kritisierte, dass

Fortsetzung auf Seite 2

Neu in der Integrierten Sekundarschule: Duales Lernen - Was ist das?

Duales Lernen ist eine Verknüpfung von schulischem Lernen und Lernen an einem Praxisort, wobei sich die Inhalte an der Berufs- und Arbeitswelt orientieren. Alle SchülerInnen nehmen in jedem Jahrgang an mindestens einer Maßnahme des Dualen Lernens teil, z.B. an Betriebserkundungen, Betriebspraktika, besuchen Schülerlabore, organisieren Schülerfirmen u.a.m. Für einige Schüler wird ab der 9. Klasse, wenn kein Schulabschluss erreichbar scheint, der Praxisanteil in besonderen Lernformen des Dualen Lernens erhöht. Dabei werden praxisnahe Lernformen an bis zu drei Praxistagen organisiert, die schulische Fächerstruktur kann aufgelöst werden.

darschulen (IS) und fünf Gymnasien geben. Die Haupt-, Real- und Gesamtschulen werden auslaufen und in der alten Form nicht mehr existieren. Gemeinsames Lernen von Schü-

Sekundarschulen ebenfalls das Abitur, allerdings nach 13 Schuljahren, anbieten.

Dafür, dass das Reformgesetz erst am 15. Januar 2010 im Abgeordnetenhaus bera-

Was gibt's noch?

Seite 2:

Petra Pau (MdB): Friedenslack bröckelt / Zur Person: Heidrun Sölch

Seite 3:

Politischer Dreiklang / DGB-Satzung in Arbeit

Seite 4:

Jugendklubs gehen in freie Trägerschaft / Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

Kulturpolitik ist Sozialpolitik / Für Aufnahme von Flüchtlingen / Kalenderblätter

Seite 6:

Jetzt pilgern schon Kommunisten ...? / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Zur Person: Heidrun Sölch

Im Pflegeheim „Dr. Arno Philipsthal“ im Grabensprung kennen sie alle. Seit dem 30. Januar 1963 – damals noch Jugendstation für nicht förderfähige Kinder – lebt sie hier. Ihr Wissen und ihre soziale Kompetenz sind anerkannt. Oft und gern wird sie um Rat gefragt. Dass sie nun Altersrentnerin ist, ändert nichts an ihrem Leben und ihren schmalen Finanzen. Genossin Sölch gehört zur Biesdorfer Basisorganisation 58. Deren Treffpunkt ist das Schloss. Weil dieses keinen behindertengerechten Zugang hat, sind die von Geburt an den Rollstuhl gefesselten Heidrun Sölch und Eveline Buxbaum (PDS seit 1990), vom Leben ihrer BO abgegrenzt. Doch halten Käthe Schmidt und

Bernd Lehmann die Wissbegierigen und politisch Interessierten auf dem Laufenden, sind geduldige Gesprächspartner. Beider Genossinnen noch lebende Geschwister kümmern sich ebenfalls. Mindestens einmal wöchentlich gibt es eine Diskussionsrunde. Diese Tradition liebt Heidi von Kindheit an, als ihr Vater schon mit ihr „politisierte“. Tägliches Studium des „Neuen Deutschland“ erweist sich als Vorteil gegenüber den Besuchern,

die nicht soviel Zeit für Zeitung geschweige Bücherlesen aufbringen. Heidrun und Eveline besuchten zu DDR-Zeiten die Schule, waren Thälmann-Pioniere, dann FDJ-Mitglieder. Die Jahre 1955 bis 1962 im staatlichen Internat Birkenwerder lehrten Heidrun weitestmög-



Heidrun Sölch (links im Bild) und Eveline Buxbaum. Foto B. Lehmann

lich Selbständigkeit. Mitglied der Partei ist Heidrun erst seit 1992. Die SED hatte ihre Aufnahmeanträge Anfang der 70-er Jahre mit der diskriminierenden Begründung „sie könne ja keine Parteiarbeit leisten“ abgelehnt. Staatliche Stellen kümmerten sich in sozial-integrativer Hinsicht kaum um Menschen mit Behinderung. Das taten in der DDR eher Pfarrer. Seit 1974 auch bei Heidrun Sölch. Viele Freizeitaktivitäten und Reisen wurden

auf diesem Weg für sie gelebte Realität. So ließ Heidrun sich 1977 in der Gnadenkirche Biesdorf taufen. Weil, „wer Jesus Botschaft ernst nimmt, sollte demokratischer Sozialist sein“, engagiert sich Genossin Sölch in der AG Christen und Christinnen in der LINKEN. Als Mitglied im Behindertenverein Marzahn organisiert sie u. a. kleine Feiern. Sorge bereitet den Behinderten die schleichende Entwicklung nach rechts. Das Wort Euthanasie erfüllt sie mit Furcht. Wieder wird nach „lebensunwertem Leben“ gefragt – die lang verdrängte nationalsozialistische Bedrohung von Minderheiten ist erneut in der Mitte der Gesellschaft spürbar. Helfen wir solidarisch, dass auch Menschen mit so schweren Handicaps, wie unsere Genossinnen Heidrun und Evelin, ohne Angst ein freudiges und sinnerfülltes Leben führen können.

Bernd-R. Lehmann
Michael Borchert

Fortsetzung von Seite 1:

Bildungsreform in Marzahn: Der Bezirk ist vorbereitet

durch die Fusion zweier Hauptschulen, wie z.B. am Standort Piagetschule geplant, noch lange nicht eine Integrierte Sekundarschule entsteht. Hier müssten die Bezirkspolitiker einem möglichen Etikettenschwindel, bei dem lediglich ein neues Schild am Schuleingang steht, vorbeugen und Bedingungen für echte Schülerdurchmischung vorbereiten. Und zwar, **b e v o r** die Schülerneuanmeldungen im März erfolgen! Weiter wurde angeregt, darüber nachzudenken, dass gebundene Ganztageschulen möglichst im Umfeld der Wohngebiete Hellersdorf-Nord und Ahrensfelde entstehen sollten, die lt. Sozialstrukturatlas zu den am stärksten von sozialen Problemen betroffenen zählen. Erstens ist mit diesem Schultyp ein Unterrichtsangebot von 8 - 16 Uhr einschließlich sozialer, kultureller und sportlicher Angebote verbunden und zweitens schließt es die Versorgung mit Mittagessen für monatlich nur 23 EU Eigenanteil mit ein. Stadtrat Komoß nahm die Anregung dankend auf, er versprach die Konditionen zur Umsetzung zu prüfen.

Insgesamt war das Gespräch für alle Beteiligten sehr informativ. Angesichts der zügigen Umsetzung der Schulreform im Bezirk wird es umso wichtiger, die Betroffenen aktiv mit einzubeziehen und für deren Fragen und Anregungen offen zu sein. Gabriele Hiller von Seiten des Berliner Landesparlaments und Stefan Komoß von Seiten des Bezirkes vermittelten dieses Gefühl der Ernsthaftigkeit und Aufmerksamkeit für die Belange derjenigen, die diese Reform als erstes angeht, der LehrerInnen, der SchülerInnen und der Eltern. Eine Fortsetzung des Gesprächs im Frühjahr 2010 wurde angekündigt. Mögen möglichst viele Eltern und LehrerInnen sich engagiert einbringen.

Sabine Schwarz

Petra Pau (MdB): Friedens-Lack bröckelt

Medien-Profis wissen es. Die nachrichtenarmen Tage zwischen Weihnacht und Neujahr eignen sich vortrefflich, um Botschaften zu senden oder Themen zu setzen. „Nacktschannen“ hieß das Zauberwort diesmal. Gemeint sind neue „Sicherheits“-Schleusen an Flughäfen. Sie sollen erspähen, ob Passagiere Materialien am Körper tragen, die sich für einen Terroranschlag eignen. Sie werden quasi elektronisch „entkleidet“. Daher die saloppe Bezeichnung „Nacktschanner“.

Schon 2008 gab es eine entsprechende Debatte. Die EU-Kommission wollte „Nacktschanner“ verbindlich einführen. Das EU-Parlament war dagegen. Der Bundestag war dagegen. Alle Fraktionen im Bundestag waren damals dagegen. Nun nicht mehr. Die CDU/CSU nicht mehr. Auch die FDP nicht mehr. Dabei hatte sie 2008 besonders lautstark gegen derartige „Einbrüche in die Privat- und Intim-Sphäre unbescholtener Bürger“ opponiert. Nun regiert sie gemeinsam mit den Unionsparteien.

Natürlich habe ich mich namens der LINKEN öffentlich gegen derartige „staatliche Peepshows“ verwahrt. Ich lehne sie aus sachlichen, ethischen und gesundheitlichen Grün-

den ab. Jede gut ausgebildete, gut bezahlte und daher gut motivierte Fachkraft schafft mehr Sicherheit als diese superteuren Hightec-Schnüffler. Deshalb fordere ich seit Jahren gesetzliche Mindestlöhne auch für das Personal an Flughäfen. Genau dagegen aber stemmen sich die Markt-Ideologen der FDP und der CDU/CSU.

Medien-Kenner wissen auch: Themen werden gern lanciert, um andere Vorhaben zu überschatten. Zur selben Zeit, da die deutschen Medien den Streit übers „Nacktschannen“ forcierten, wurde offenbar eine neue Militär-Allianz zwischen den USA und Großbritannien besiegelt. Diesmal gegen den Jemen. Dort wurde plötzlich der neue Hort des internationalen Terrorismus ausgemacht. Erst Afghanistan, dann Irak, nun Jemen?

„Keine neue Front, kein neuer Krieg“, ließ die US-Regierung umgehend beschwichtigen. Aber was besagt das? Nichts! Eine Geheimwaffe der USA heißt „Blackwater“. Eine private „Söldner-Firma für die Drecksarbeit“ schrieb der Spiegel. Die Geschäftsidee: Garantierter Mord und Totschlag auf Bestellung. „Blackwater“ agiert noch immer – weltweit – mit staatlichem Segen. Der Obama-Friedens-Lack bröckelt.

Politischer Dreiklang von Bund, Land und Bezirk

Anfang Dezember Tag lud die erneut direkt gewählte Bundestagsabgeordnete und Vizepräsidentin des Bundestages zu einem Pressegespräch und informierte über ihre Arbeit auch als Mitglied des Innenausschusses des Bundestages. Sie erläuterte Standpunkte zu Themen, die demnächst auf der Agenda stehen werden oder schon stehen.

Wichtig war und ist Petra Pau, eine Verknüpfung von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik herzustellen und für den Bürger sichtbar die politischen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten dieser drei Politikebenen voneinander darzustellen. Daher nahmen auch Senatorin Katrin Lompscher für die Landesebene und Dagmar Pohle als Bezirksbürgermeisterin für die Kommunalpolitik an diesem Gespräch teil und informierten über die aktuelle Politik. Es ist wichtig, dem Bürger zu erklären, wo DIE LINKE ihren politischen Einfluss geltend machen kann und wo nicht. Als explizites Beispiel, die derzeitige Beschlusslage im Bundestag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus, eine Herzensangelegenheit von Petra Pau. Es ist vorgesehen die ohnehin bescheidenen Mittel für solche Projekte zu vierteln. Aus diesen Mitteln soll demnächst auch der Linksextremismus, der islamistische Extremismus und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit finanziert werden. Herr Knabe wird sich freuen!

Neue DGB-Satzung in Vorbereitung

Bundespräsident Horst Köhler forderte zum 60. Jubiläum des DGB von den Gewerkschaften: „Bleiben Sie stark, bleiben Sie streitbar und kompromissbereit und immer auf das Gemeinwohl bedacht!“ Seit 1949 ist in der BRD die gesetzliche (TVG) Aufgabe der Gewerkschaften die alleinige Vertretung der Arbeitnehmerseite als Tarifvertragspartei.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB als Dachverband diskutiert derzeit einen neuen Satzungsentwurf, die Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg am 30./31. Januar. Ziel der Reform ist die Stärkung der politischen Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Dachverband auf allen Ebenen, die Vermeidung von bisherigen Reibungsverlusten zwischen den Gliederungsebenen und damit Erhöhung des nach außen gerichteten Aktionspotentials des DGB insgesamt sowie die Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit auf kommunaler Ebene.

Worin liegen die Probleme? Zum einen: Wie in jeder Familie bekommt man nie alle Interessen unter einen Hut. Hier in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg sind ver.di (ca. 20.000 Mitglieder), die GEW und die IG BAU die tragenden Säulen des DGB-Kreisverbandes. Selten beteiligen sich die Transnet sowie die GdP und IGM solidarisch an DGB-Arbeit im Stadtbezirk. Die NGG und die IG BCE halten sich fern.

Zum Anderen: Die Gewerkschaften sind nicht aus Steuern sondern ausschließlich durch ihre Mitgliedsbeiträge finanziert. Der drastische Mitgliederrückgang in den letzten zwei Jahrzehnten

Natürlich stellt sich Petra Pau als Abgeordnete und Mitglied des Innenausschusses vehement gegen diese Pläne, aber jeder weiß, wie die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag derzeit aussehen. Weiterhin wurde der Aufbau Ost nun im Innenministerium angesiedelt, und damit wohl als zweitrangig angesehen, obwohl die Arbeitslosenzahlen im Osten noch immer doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländern sind. Petra Pau stellte einen Antrag der Bundestagsfraktion vor, welcher es ermöglichen soll, leichter Berufsabschlüsse aus Nicht-EU-Ländern anzuerkennen, um eine bessere berufliche Integration dieser Bevölkerungsgruppe zu erreichen. Deutschland kann sich eine Verschwendung humaner Ressourcen einfach nicht mehr leisten, und sie ist auch inhuman und dem friedlichen Zusammenleben nicht förderlich.

Kathrin Lompscher umriss das für 2010 geplante Klimaschutzgesetz für das Land Berlin, für welches bisher ein Referentenentwurf vorliegt. Es wird im ersten Quartal 2010 unter Einbeziehung von Verbänden und Bürgern noch einmal überarbeitet. Knackpunkte sind noch die Vereinfachung und die Information über Fördermöglichkeiten sowie der Auslösebestand mit seinen Ausnahmen, wobei in erster Linie soziale und wirtschaftliche Folgen zu berücksichtigen sind. Sie vertrat die Stadt Berlin auf der Klimakonferenz in Kopenhagen. Dagmar Pohle machte auf das Projekt

reduzierte die Einnahmen. Deshalb wird der hauptamtliche Apparat der Ebenen Bund und Bezirke(hier: Berlin-Brandenburg) ausgedünnt. Die Reorganisation der Aufgabenverteilung setzt auf die ehrenamtlichen Vorstände der Stadt- und Kreisverbände. Das jedoch sind Berufstätige, Arbeitslose und Rentner, die sich „nur“ in ihrer Freizeit gewerkschaftlich engagieren und die 1:1 durchgereichten Aufgaben eben nicht zu 100% erfüllen vermögen. Schwierig ist die Mitgliederbetreuung für die Ortsvorstände geworden, weil die Geschäftsstellen nur noch eingeschränkt logistisch unterstützen und sich nur wenige Kolleg(inn)en aktiv beteiligen. So begrenzen sich die lokalen Aktivitäten auf informative politische Aktionen und Angebote thematischer Veranstaltungen. Solche mit jahrelanger Tradition, wie die Kommunalpolitischen Gespräche, werden niveaull aber leider mit geringer Teilnahme durchgeführt. Doch gelangen die angesprochenen Fragen in die BVV, die Ausschüsse und Ämter.

Und hier schließt sich wieder der Kreis(verband): die vorhandenen Strukturen zu vernetzen und die aktive Kooperation zwischen den Einzelgewerkschaften zu entwickeln, ist der einfachste und schnellste Weg zur Stärkung der politischen Kraft und Ausstrahlung der Gewerkschaften. Und möglicherweise gelingt es auch, über das Internet (z.B. www.igbau-berlin.de) noch mehr Kolleg(inn)en aktiv zu „vernetzen“.

Bernd-R. Lehmann

IG BAU, Mitglied DGB-Kreisvorstand Ost

Gemeinschaftsschule aufmerksam und stellte es in einen Zusammenhang mit dem Thema Anerkennung von Berufsabschlüssen, da gerade in unserem Bezirk viele Menschen mit einem akademisch hier nicht anerkannten Berufsabschluss leben, die für eine optimale Betreuung der Kinder in dieser Schulform gebraucht würden. Weiterhin machte sie auf die Problematik AV Wohnen im SGB-2-Bezug aufmerksam, welches in direktem Zusammenhang mit dem von der Koalition beschlossenen „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ steht. Um es salopp zu sagen, Länder und Kommunen werden durch dieses Gesetz finanziell bis auf die Unterhosen ausgezogen und sollen dann noch die Kürzung der Wohnzuschüsse für Bedarfsgemeinschaften im Alg-2-Bezug hinnehmen. Hier wird kommunale Selbstverwaltung quasi abgeschafft, da keinerlei Gestaltungsspielräume mehr für viele Kommunen bleiben. Daher ist es Petra Pau gerade in diesen schwierigen Zeiten so wichtig, den engen Kontakt zu allen Ebenen der Politik in ihrem Wahlkreis zu halten. Sicherlich für sie ein Kraftakt, jedoch sollten sich andere Bundestagsabgeordnete daran ein Beispiel nehmen. Ich denke, viele Bundespolitiker haben den Bezug zur Kommunalpolitik völlig verloren, sonst würden die Gesetze anders aussehen. Daher hat Petra Pau für die Zukunft geplant, zu solchen Pressegesprächen, in welchen alle Ebenen der Politik miteinander verbunden werden sollen, halbjährlich einzuladen.

M. Borchert

Wahlen in Bananien

Viel wurde 2009 über die Wahlkultur der DDR schwadroniert. Natürlich gibt es heute keine „Planvorgaben“ mehr und Stimmen werden allenfalls in Bananenrepubliken gekauft. In unsrem Lande zu unserer Zeit versucht man es mit der Überzeugungskraft von ganz viel Papier. Dafür braucht man Geld, sehr viel Geld.

Hatte doch eine Bewerberin einer nicht ganz unwichtigen, im verstockten Osten aber eher chancenlosen Partei die clevere Idee, Sponsoren anzupfen zu wollen. Handwerk hat goldenen Boden, muss also über volle Taschen verfügen. Im Vorfeld der letzten Wahlen entspann sich das folgende Gespräch: „Sie hatten doch immer gute Aufträge, als ich noch Geschäftsführerin meines Unternehmens war. Jetzt kandidiere ich und hätte gern viertausend Euro...“ – „Ja, ich schätze sie, aber mit ihrer Partei habe ich nichts am Hut...“

Nach vier Wochen wurden der Handwerksfirma die Verträge gekündigt. Man habe einen günstigeren Partner gefunden. Natürlich gibt es so etwas nur in Bananenrepubliken. Aber: Die Vegetationsgrenze für südliches Obst verschiebt sich zunehmend nach Norden.

Günter Hayn

Infosplitter

Ehrenamtspreis

Bereits zum siebten Mal haben BVV und Bezirksamt am 4. Dezember 2009 an ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger den Ehrenamtspreis verliehen. Die stimmungsvolle Veranstaltung fand im schönen Saal der Empfänge in den Gärten der Welt statt. Bürgermeisterin Dagmar Pohle dankte in ihrer Laudatio den geehrten Bürgerinnen und Bürger für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit. Vorsteherin Petra Wermke, Dagmar Pohle und Senatorin Carola Bluhm überreichten die Urkunden, den Bezirkskalender und die Jahreskarte für die Gärten der Welt. Vereine, Organisationen, Schulen, das Bezirksamt und andere Einrichtungen des Bezirkes hatten 45 Bürgerinnen und Bürger und sieben Gruppen zur Würdigung vorgeschlagen, unter ihnen auch unsere Genossin Hannelore Bibow. Das Bedürfnis, engagierten Menschen in unserem Bezirk für ihre ehrenamtliche Arbeit zu danken ist ungebrochen. In Vorbereitung der Veranstaltung gab es von anderen Fraktionen in der BVV den Vorschlag, die Anzahl der zu Ehrenden zu begrenzen. Die Fraktion DIE LINKE hat dieses Ansinnen zurückgewiesen. Sie wird sich auch dafür einsetzen, dass diese Form der Danksagung weitergeführt wird.

Nutzung von Schulhöfen und Schul-sportanlagen für Freizeit

Ein Beschluss der BVV, Schulhöfe und Schul-sportanlagen für Freizeitmöglichkeiten nach dem Unterricht zu öffnen, kann aus Sicht der meisten Schulen im Bezirk nicht umgesetzt werden. Als Begründung werden die bisherigen eher schlechten Erfahrungen mit Vandalismus (zerstörte Spiel- und Sportgeräte und Graffiti-Schmierereien) genannt. Lediglich die Johann-Strauss-Grundschule stimmt dem Anliegen grundsätzlich zu. Einige Schulen würden ihre Anlagen öffnen, wenn zusätzliches Aufsichtspersonal zur Verfügung stehen würde. Die Schulen und der Bezirk können dafür kein Personal einsetzen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, MAE-Kräfte damit zu beauftragen. Bisher gab es für diese Tätigkeit noch keine Anträge von Freien Trägern oder Vereinen.

Familienbildungsgutschein

Alle Eltern im Bezirk, deren Kinder ab dem 1.1. 2010 geboren werden, erhalten einen Familienbildungsgutschein in Höhe von 40 Euro. Mit diesem Gutschein können Eltern verschiedene Angebote und Kurse wie „Starke Eltern – Starke Kinder“, „Erziehung mit Herz und Verstand“, Sprechstunde für unruhige Babys in Anspruch nehmen. Diese Angebote sollen den Eltern helfen, mit den neuen Anforderungen besser zurechtzukommen. Dieses Angebot ist bisher einmalig in Berlin und wurde vom Bezirksamt und vom Netzwerk „Rund um die Geburt“ – Geburtsklinik im Vivantes Klinikum Hellersdorf, Eltern- und Familientreffs, Hebammen, Erziehungs- und Familienberatungsstellen, einige Kinderärzte und Gynäkologen – konzipiert und wird von diesen auch umgesetzt werden.

Renate Schilling

BVV beschließt Übertragung:

Sechs Jugendklubs gehen in freie Trägerschaft

Mit einer rekordverdächtig kurzen Sitzung endete das Jahr 2009 für die Marzahn-Hellersdorfer Bezirksverordnetenversammlung. Zu Beginn erinnerte LINKE-Fraktionschef Klaus-Jürgen Dahler an den erst kürzlich verstorbenen Genossen Klaus Schubert. Dieser war von 2006 bis zu seinem Tod im November 2009 Mitglied der BVV und hierbei besonders für den Sport engagiert gewesen.

Neben einer Reihe von Anfragen befasste sich die BVV mit der Übertragung von sechs bislang kommunalen Jugendfreizeitstätten in freie Trägerschaft. Dem vorausgegangen war ein wochenlanges Jury-Verfahren, bei dem die sich bewerbenden Träger die Möglichkeit hatten, ihre Konzepte zur Nutzung der jeweiligen Einrichtung zu präsentieren. Der jugendpolitischer Sprecher der Linksfraktion, Bjoern Tielebein, sagte in der BVV hierzu: „Wir versprechen uns mit dieser Übertragung

neue Impulse für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk. Angesichts der immer knapper werdenden Haushaltsmittel brauchen wir ein neues Bündnis mit den freien Trägern, damit wir auch künftig ein breites Angebot in den einzelnen Stadtteilen vorhalten können.“ Mit breiter Mehrheit beschloss die BVV letztlich die Übertragung der sechs Einrichtungen.

Auch das Thema der Grundwasserregulierung stand wiederholt auf der Tagesordnung. DIE LINKE hatte bereits im November einen Antrag zum Erhalt der Pumpanlage in Kaulsdorf eingebracht. Dieser wurde zunächst in den Hauptausschuss überwiesen. Bürgermeisterin Dagmar Pohle konnte jedoch bereits vor einer Beschlussfassung verkünden, dass sie hierzu eine Einigung mit dem Senat erzielt habe. Die Linksfraktion beantragte nunmehr, diese Lösung schnellstmöglich schriftlich zu fixieren, was die Zustimmung aller Fraktionen fand.

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

- Der Bezirksvorstand beriet in seiner Sitzung im Dezember einen Brief des Genossen Frank Fischer, Sprecher der BO 44. Genosse Fischer, der an der Sitzung teilnahm, hatte sich in einem Diskussionsbeitrag auf der Hauptversammlung am 17. Oktober 2009 kritisch mit einigen Aspekten der Arbeit des Bezirksvorstandes auseinandergesetzt und diese Kritik in einem Brief an die MaHeli und den Bezirksvorstand weiter ausgeführt. Im Lauf der ausführlichen Diskussion wurde deutlich, dass weiter darüber nachgedacht werden muss, wie auf Hauptversammlungen noch mehr Möglichkeiten für die BO gegeben werden, ihre Anliegen und Probleme darzustellen und unterschiedliche Positionen zu bestimmten Fragen zu diskutieren. Darüber wird der BV weiter beraten. In einer Reihe von Fragen, die Genosse Fischer aufgeworfen hatte, blieben jedoch die unterschiedlichen Positionen zwischen ihm und den Mitgliedern des BV bestehen.
- Der Vorstand begrüßte, dass Gesundheits-

staatssekretär Benjamin Hoff der Bezirksbürgermeisterin die Zusage gegeben hat, dass die Pumpe am Habermannsee nicht wie geplant abgebaut wird. Das ist ein wichtiger Erfolg von Kommunalpolitikern der LINKEN.

- In Auswertung des Landesparteitages vom 28. November kam der BV zur Auffassung, dass sich unsere Bezirksorganisation zukünftig noch konstruktiver an der Vorbereitung der Tagungen des Landesparteitages beteiligen und dazu beitragen müsse, realistische Ansprüche an linke Landespolitik zu stellen.
- Der Bezirksvorstand beschloss einen Aufruf zur 2. Veranstaltung der Reihe „Geschichte(n) für die Enkel“. Auf Grund des Anforderungen des Bundestagswahlkampfes konnte diese Veranstaltung nicht, wie geplant, Anfang Oktober 2009 stattfinden. Sie ist jetzt für den 3. Oktober 2010 geplant, der BV hofft auf viele interessante Beiträge.

Bernd Preußner

Besser nachfragen

Heutige S-Bahn-Geschädigte wünschen immer wieder mal fluchend die „Chefs“ auf die zugig-kalten Bahnsteige, damit die mal sähen, was da wirklich läuft ... Dies erinnert mich an eine Begebenheit, die dem zu DDR-Zeiten für die Berliner S-Bahn Verantwortlichen widerfuhr. Der wurde aufgrund von sich häufiger wiederholenden Störungsmeldungen von seinen Chefs - jeder Chef hatte in der DDR ja wieder einen Chef über sich, bis auf einen jedenfalls - zum Bahnhof Lichtenberg zur „Vor-Ort-Kontrolle“ geschickt. Der S-Bahn-Chef stellte auf dem Bahnhof dem dortigen Personal die unverfängliche Frage „Läuft denn alles?“ - und erhielt ein schlichtes „Ja!“ zur Antwort. Damit war er zufrieden, stieg in den Dienstwagen und erhielt, kaum zurück in der ferngeheizten Amtsstube, von seinen Vorgesetzten einen fürchterlichen Rüffel. In Lichtenberg lief tatsächlich alles. Zum Schienenersatzverkehr, die S-Bahn-Züge standen.

Günter Hayn

Kulturpolitik ist Sozialpolitik

„Kultur ... ist eine Art Bollwerk gegen politische Fehlleistungen“, meint Martin Roth, Chef der Dresdner Kunstsammlungen. Es stimmt, Kultur ist ein wesentliches Mittel zur Humanisierung einer Gesellschaft. Der tatsächlich erreichte Grad sozialer Gerechtigkeit lässt sich sehr eindeutig am realen Zugang der benachteiligten Schichten und Bevölkerungsgruppen zu Angeboten von Kunst und Kultur messen. Nicht nur die Opernkarte, auch das Museumsbillettt oder der Zoobesuch sind für viele inzwischen nur noch schwer oder gar nicht bezahlbar.

In allen Bundesländern, in fast allen Großstädten Deutschlands wird momentan an der Kultur drastisch gekürzt. Allein Berlin erhöht seinen Ansatz um 16,5 Mio. Euro. Das ist auch Ergebnis des Gewichtes der LINKEN im Senat und ihres Einflusses auf die Entscheidungen des Abgeordnetenhauses. Welche Akzente konnten wir für den neuen Doppelhaushalt setzen? Zunächst: Die Einrichtungen und Institute des Landes sind gesichert. Kein Theater, kein Orchester, kein Museum wird geschlossen oder auf „kalte Art“ abgewickelt werden. Erstmals seit 20 Jahre finanziert das Land den Einrichtungen die Tarifierhöhungen. Bislang mussten diese dies selbst tun. Nun könnte man sagen, die Sicherung des Bestehenden ist das normale Geschäft. Das ist richtig, aber nicht selbstverständlich. Erstmals mit dieser Wahlperiode wird es in Berlin seit 1990 keine Schließungen geben.

Dazu kommen Entscheidungen, die die Konturen linker Kulturpolitik erkennen lassen. Einige Beispiele. Wir stärken die Kinder- und Jugendtheater: Die Zuschussabsenkungen für das Theater an der Parkaue haben wir gestoppt. Das Haus erhält 2011 sogar ei-

nen Aufwuchs. Deutlich erhöht werden die Zuschüsse für das Kindermusiktheater Atze und das Jugendtheater Strahl. Alle drei Bühnen genießen hohe Anerkennung weit über Berlin hinaus, alle drei spielen an sozialen Brennpunkten dieser Stadt. Wir führen den von uns durchgesetzten Projektfonds Kulturelle Bildung nicht nur weiter, er wird auch leicht erhöht. Zusätzlich stellen wir für Autorenlesungen Berliner Autoren in Bibliotheken und Schulen 90.000 € pro Jahr zur Verfügung. Da das Internet heute ein wichtiges Zugangsmittel zur Literatur ist, finanzieren wir mit Beginn dieses Haushaltsjahres die Seite www.lyrikline.org der Literaturwerkstatt. In der Bedeutung gleichrangig mit den „großen Häusern“ liegt uns die freie Szene am Herzen. Nachdem der Bezirk Mitte sich außerstande sah, das Theaterhaus Mitte (einen gerade für junge Künstler Berlins wichtigen Probenort) weiter zu tragen, haben wir eine Finanzierungsmöglichkeit gefunden. Auch die Tanzcompagnien von Sasha Waltz und Tola Limnaios – beide international hoch angesehen – profitieren von den Erhöhungen, die wir im Parlament entgegen dem ursprünglichen Haushaltsansatz durchgesetzt haben.

Sicher, es fehlt nach wie vor an allen Ecken und Enden. Manche Ausgabe ist hinterfragenswert. Dennoch: Die Kultur in Berlin ist bei rot-rot in guten Händen und dabei soll es auch bleiben. Wenn diese Stadt trotz aller Krisen und Nöte für ihre BewohnerInnen nach wie vor lebenswert ist und für unsere Gäste eine ungebrochene Anziehungskraft aufweist, ist das auch unserer, der LINKEN, Arbeit zu verdanken.

Wolfgang Brauer
(MdA/Kulturpolitischer Sprecher)

Kalenderblätter

Vor 20 Jahren

6. Januar 1990

Der Parteivorstand der SED/PDS tagt und spricht sich für eine friedliche und freundliche Zukunft der Deutschen im geeinten Europa aus. Die Partei hat noch 1,463 Mio. Mitglieder, 150 000 davon in Berlin.

8. Januar 1990

Die SED/PDS teilt am Rande der Sitzung des Runden Tisches (Gregor Gysi) mit, dass sie das Objekt der ehemaligen SED-Kreisleitung Mitte in der Niederwallstraße 5 geräumt habe und 26 Arbeitsräume für andere Parteien zur Verfügung stehen.

11. Januar 1990

13 Mitglieder der Fraktion der SED/PDS scheidet aus der Volkskammer aus.

12. Januar 1990

Das Haus der Partei in Berlin, als neuer Name wird „Rosa-Luxemburg-Haus“ vorgeschlagen, wird für breite Öffentlichkeitsarbeit geöffnet.

19. Januar 1990

Berliner Kreisvorstände wenden sich in einer öffentlichen Erklärung gegen Selbstauflösung der Partei.

25. Januar 1990

Die CDU zieht ihre Minister aus der Modrow-Regierung zurück

26. Januar 1990

Die SED/PDS verzichtet mit sofortiger Wirkung auf jedweden Einfluss auf die „Berliner Zeitung“.

Zusammengestellt von **Renate Schilling**

Für eine kontinuierliche humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen!

Der Ausschuss für Integration und Migration in der BVV hat sich unter sich Vorsitz von Zoe Dahler (Die Linke) mit den Stimmen der Grünen, der SPD und der Linken für eine Beteiligung des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf an der bundesweiten Kampagne Save-me ausgesprochen. Bisher haben sich 45 Städte und Gemeinden, darunter Aachen, Bonn, Erfurt, Heidelberg, Kiel, München, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin mit Ratsbeschlüssen daran beteiligt. Die Teilnehmer an dieser Kampagne setzen sich für die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen nach Deutschland und für einen echten Flüchtlingsschutz auf lokaler Ebene ein. Die Situation vieler Flüchtlinge weltweit verlangt beherztes Handeln. Neben der Bekämpfung von Kriegen und Fluchtursachen sind wir in der Pflicht, einen direkten Beitrag zum Flüchtlingsschutz zu leisten. Deshalb

fordern wir von der Bundesregierung, ein Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge zu beschließen, wo kontinuierlich ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufgenommen und integriert wird. Gemäß dem durch die Vereinten Nationen an UNHCR erteilten Auftrag, für Flüchtlinge dauerhafte Lösungen zu finden, brauchen die Flüchtlinge von Beginn an eine sichere Aufenthaltsperspektive. Das beinhaltet die Ausstellung eines Flüchtlingspasses, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 23 Aufenthaltsgesetz sowie die Rechte an der Teilnahme am Integrationskurs, Wohnungsunterbringung und Arbeitsmarktintegration. Seit Jahren geht die Zahl der Asylsuchenden zurück. Es sind jetzt von ehemals 150.000 bundesweit nur noch ca. 20.000 im Jahr. Der Zuzug von Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ist von bisher 20.000 jährlich auf 2.500 im

Jahr zurückgegangen. Ein Aufnahmeprogramm für Deutschland kann den Schwächsten unter den Flüchtlingen, wie Kindern, Kranken und alleinstehenden Frauen, einen sicheren Zugangsweg, dauerhaft Schutz und Sicherheit und damit die Chance auf ein normales Leben bieten. Derzeit leben hunderttausende irakische Flüchtlinge in Syrien, Iran oder Jordanien in Unsicherheit und Elend. Laut UNHCR befinden sich weltweit 6,2 Millionen Flüchtlinge in ausweglosen Situationen. Ziel der von uns unterstützten Kampagne ist es, die Gesellschaft und Politik für die Forderung nach einer kontinuierlichen Flüchtlingsaufnahme zu gewinnen. Dazu soll sich unser Bezirk in einem Netzwerk von über 50 bundesweiten und überregionalen Organisationen einbringen und aktiv beteiligen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der Linken in der BVV

„Jetzt pilgern schon Kommunisten auf dem Jakobsweg?!“

Bericht aus dem Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum im Dezember 2009

Es lässt sich gut und lange darüber philosophieren, was Kommunismus und Kirche gemeinsam haben. Und so werden wohl auch immer wieder einmal Kommunisten den Jakobsweg gepilgert sein. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass das spanische Denkmal für die im Bürgerkrieg gegen die Franco-Junta 1936 erschossenen Republikaner in den Montes de Oca vor Burgos mitten auf dem Jakobsweg steht.

Irgendetwas Spirituelles jedenfalls hat der Jakobsweg auf jeden Fall. Nach dem Motto „Pilgern beginnt zuhause“ machte ich die erste Erfahrung dieser Art auf dem Flug von Berlin nach Madrid. Schon auf dem Flughafen Schönfeld hatte ich den Intendanten einer großen Berliner Bühne getroffen, den ich aus meiner Zeit als kulturpolitischer Sprecher der PDS im Abgeordnetenhaus gut kannte. Im Flugzeug kamen wir ins Gespräch. Er erzählte mir, dass er mit Freunden eine Kastilien-Rundfahrt mache, und ich entgegnete: „Ja, und ich gehe das zu Fuß“.

Daraufhin er (mit einem zwinkernden Auge): „Was, jetzt pilgern schon Kommunisten auf dem Jakobsweg?!“ Und damit sein Weltbild nicht ganz ins Wanken geriet, beruhigte ich ihn: „Ich falle natürlich nicht von meinem Glauben ab. Ich habe das Liederbuch der FDJ ‚Leben, singen, kämpfen‘ von 1949 (!) im Rucksack.“ Das stimmte tatsächlich, und er verstand es als Ossi sofort.

Ich bin mit meiner Frau im Frühjahr 2009 den Camino Francés von Pamplona bis Santiago de Compostela, und weiter bis zum Kap Finisterre – dem „Ende der Welt“ gepilgert und habe dabei mehr als 1.500 Fotos gemacht und noch mehr Eindrücke gesammelt. Wie kommt es, dass sich eine solche Pilgerreise auf dem Jakobsweg – es sind schließlich über 750 km per Pedes – seit einigen Jahren einer über Alters-, Landes- und Weltanschauungsgrenzen hinweg einer erstaunlichen Beliebtheit erfreut? Die meisten Pilger/-innen erleben den Camino als glückliche, bereichernde und noch mehr Eindrücke gesammelt. Wie kommt es, dass sich eine solche Pilgerreise auf dem Jakobsweg – es sind schließlich über 750 km per Pedes – seit einigen Jahren einer über Alters-, Landes- und Weltanschauungsgrenzen hinweg einer erstaunlichen Beliebtheit erfreut? Die meisten Pilger/-innen erleben den Camino als glückliche, bereichernde und bleibende Erfahrung, von der man zeh-

ren kann – bis man sich wieder auf den Weg macht...

Der Camino Francés ist ein Wanderweg mit einer ausgezeichneten Infrastruktur. Und obwohl er vielen Spaniern Lohn und Brot gibt, ist er erfreulich unkommerziell. Dazu bietet die politische und Kulturgeschichte Spaniens wortwörtlich auf Schritt und Tritt ein reiches Bildungsprogramm an. Das Ganze wird eingerahmt von einer der reizvollsten Landschaften Europas. Und damit nicht genug, bietet er auch noch zahllose Gelegenheiten zum Freundschaft schließen an. Meine Frau hat einmal gesagt: „Das ist wie ein wanderndes internationales Ferienlager.“

Das sind Erfahrungen, die ich nicht für mich behalten will. Deshalb nutzte ich die Gelegenheit und präsentierte in vorweihnachtlicher Stimmung im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum eine Auswahl von Fotos und Impressionen. Das Publikum hat es dankbar angenommen. **Dr. Wolfgang Girus**

Aus den Siedlungsgebieten:

Grundwasserregulierung am Habermannsee ist gesichert!

Wenn auch ein Bürgerbrief des CDU-Abgeordneten Mario Czaja den Eindruck erweckt, dass nur er und die CDU die Probleme des Siedlungsgebietes vertreten, so zeigt die politische Realität, dass die rot-rote Koalition im Land Berlin die Siedlungsgebiete bei der Entwicklung der Stadt angemessen berücksichtigen. Die Kommunalpolitiker der LINKEN handeln dabei schnell und unbürokratisch. So initiierte die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf Anfang November 2009 einen Antrag an die BVV, in dem das Bezirksamt gebeten wurde, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass die

Grundwasserregulierung durch die Pumpenanlage am Habermannsee erhalten bleibt. Zuvor hatte Mario Czaja eine kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus dazu gestellt und politische Gespräche dazu unter Beteiligung von Eberhard Roloff (DIE LINKE) und VdGN mit dem Berliner Senat geführt. Obwohl der daraus resultierende Antrag der LINKEN in die Fachausschüsse der BVV überwiesen wurde, hat Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle schon gehandelt. Sie wandte sich an den zuständigen Staatssekretär Benjamin Hoff (DIE LINKE) und erreichte, dass Betrieb, Wartung und Instandhaltung weiter durch das Land

Berlin gesichert werden. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, Regina Kittler, äußerte zugleich ihre Verwunderung über die Vertagung unseres Antrages in den Fachausschüssen durch die CDU, die Grünen und die SPD in den Januar 2010. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag im Dezember 2009 eingebracht. Dem Bezirksamt wird hier empfohlen, sich von den zuständigen Stellen schriftlich bestätigen zu lassen, dass die Grundwasserregulierung am Habermannsee erhalten bleibt.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender in der BVV

Studie vorgestellt:

Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen im Bezirk

Im Auftrag des „kommunalpolitische forum e.V. (berlin)“ haben Dr. Rainer Ferchland, Dr. Wilfried Barthel, Dr. Ursula Schröter und Dr. Renate Ullrich eine Studie zum Thema „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ vorgelegt. Ausgehend von einer Darstellung wichtiger Aspekte der sozialdemografischen und sozialräumlichen Struktur und Entwicklung des Bezirkes werden soziale Probleme der Kinder und Jugendlichen unter differenzierten Gesichtspunkten, wie etwa Familie, Wohnen, Gesundheit, Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugend-Sozialarbeit und Freizeitgestaltung, differenziert dargelegt. Deutlich wird, dass die historisch entstandene „Zweiteilung“ des Bezirkes in die Großsiedlungen

und das Siedlungsgebiet sich auch wesentlich in fast allen sozialen Indikatoren widerspiegelt. Diese Situation und manche andere Faktoren machen deutlich, dass sich Marzahn-Hellersdorf in vieler Hinsicht von anderen Berliner Bezirken unterscheidet. Der einst jüngste Berliner Bezirk wird wahrscheinlich noch 2010 einen höheren Altersdurchschnitt erreichen als Berlin insgesamt.

Besonders dramatisch wirkt sich auf die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen alles das aus, was unter dem Begriff „Hartz IV“ zusammengefasst wird. Marzahn-Hellersdorf hat den größten Anteil von Kindern und Jugendlichen im Hartz IV-Bezug. 45 Prozent der unter 15-Jährigen, sogar mehr als die Hälfte

der Vorschulkinder leben in Hartz IV-Familien. Extrem hoch ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die in Hartz IV-abhängigen Alleinerziehenden-Haushalten leben. Hier ist die Großsiedlung besonders stark betroffen.

Damit wird deutlich, dass es hier vielfach nicht einfach um Probleme bezirklicher Kommunalpolitik geht. „Hartz IV“ ist ein gesamtgesellschaftliches Problem der Bundesrepublik. Es wird umfassend zu diskutieren sein, welchen Einfluss wir im Bezirk auf diese Prozesse nehmen können. DIE LINKE wird demnächst auf einer Hauptversammlung darüber beraten.

Bernd Preußner

Keine Versöhnung mit Deutschland!

Gegen Gedenken und Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden

Das Dresden-Gedenken scheint so wichtig, dass die neue sächsische Staatsregierung eigens für den bevorstehenden 65. Jahrestag das Versammlungsrecht noch schnell erheblich einschränken will. Schließlich ruinieren „Extremisten“ schon seit Jahren die Gedenkstimmung rund um den 13. Februar und gefährden Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Unterdessen versucht eine Handvoll Dresdner Kultur- und Kirchenprominenz ein weiteres Denkmal zur Erinnerung an die Bombardierung und das Wiedererstehen der Stadt zu erstreiten. Mit kaum verhohlener revanchistischer Rhetorik wird es in der Sächsischen Zeitung beworben; es zeigt einen „gestürzten Menschen, der sich aufbäumt, ein Gefallener, der aus eigener Kraft aufersteht. So wie die Dresdner, so wie ihre Stadt.“ Die Oberbürgermeisterin bemüht sich derweil, eine dem Jahrestag angemessene Gedenkatmosfera zu schaffen - laute Musik oder Demonstrationen sind dabei sehr hinderlich, denn das erwünschte Gedenken soll als unpolitischer und damit unhinterfragbarer Akt wahrgenommen werden. Mit Hilfe einer Menschenkette um die historische Altstadt soll ein „Zeichen gegen Extremismus“ gesetzt und

gleichzeitig der Zerstörung der Stadt gedacht werden. Business as usual in Dresden.

Wenn von „Extremisten“ die Rede ist, sind vor allem diejenigen gemeint, die Kritik am Gedenken äußern, deutschen Opfermythen widersprechen oder gegen den Aufmarsch Tausender Nazis mehr als nur symbolisch und nicht zur Verteidigung des „wahren Gedenkens“ protestieren. Weniger gemeint sind die Nazis. Ihnen soll durch das Gesetz ein Aufmarsch durch die historische Dresdner Altstadt verboten werden, also etwas, worauf sie bereits 2009 verzichteten. Ihnen wird auch weiterhin mit der Floskel begegnet, sie würden das Gedenken „missbrauchen“. Übergangen wird dabei, dass die Nazis sich in ihrer Grundausage nicht vom bürgerlichen Gedenken unterscheiden - sie erinnern genauso an vermeintlich unschuldige deutsche Opfer.

Für eine emanzipatorische Linke bedeutet das viel Arbeit. Es heißt vor Ort zu sein und die unbequemen Fragen zu thematisieren. Es heißt deutlich zu machen, dass allen Formen des Gedenkens eben dieser gemeinsame geschichtsrevisionistische Kern

innewohnt. scheiden - sie erinnern genauso an vermeintlich unschuldige deutsche Opfer.

Der komplette Aufruf ist zu finden unter:

<http://venceremos.antifa.net/13februar/2010/aufruf.htm>



Reaktion auf offenen Brief des BSpR an die SAV

BR der Linksjugend [‘solid] Sachsen setzt sich mit Standpunkten der SAV auseinander

Aufgrund der Länge des Papiers des Beauftragtenrates (BR) der Linksjugend [‘solid] Sachsen möchten wir einen kurzen Einblick geben und auf die Internetseite verweisen, auf welcher der gesamte Brief veröffentlicht wurde:

<http://www.linksjugend-bloggt.de/?p=919>

Anlässlich des offenen Briefs des BSpR an die SAV-Mitglieder im Jugendverband, haben wir uns entschieden, als BR eine tiefere Analyse der SAV, an den von ihr propagierten Ideologien und ihren Sympathisant_innen zu formulieren, da es einfach für eine politische Auseinandersetzung nicht ausreicht, die Organisationsstruktur der SAV zu kritisieren. Es muss gefragt werden, ob und wo überhaupt Schnittmengen

mit emanzipatorischer Politik zu finden sind.

[...]

Zuerst wollen wir feststellen, dass uns im Gegensatz zum BSpR, die Positionen der SAV abschrecken und dass wir auch keine jungen SAV-Mitglieder für den Jugendverband gewinnen wollen, solange sie einen Antikapitalismus propagieren, der sich unter anderem einer Argumentation bedient, die in ihrer Denkstruktur Überschneidungen mit dem modernen Antisemitismus zulässt, solange sie Israel, als praktische Konsequenz von Pogromen und der Shoa, Antizionismus, also Vernichtungswünsche, entgegenbringen also im Allgemeinen, solange sie Ideologien in sich tragen, die nicht über die bürgerliche Gesellschaft hinaus wollen, sondern hinter sie zurückfallen - solange wollen wir auch sie nicht in unserem Jugendverband. Unsere Kritik

richtet sich damit nicht nur gegen die Ideen/Vorstellungen/Positionen der SAV, sondern auch gegen alle, welche die angesprochenen Ideologien in sich tragen. Im Großen und Ganzen hat sich herausgestellt, dass der gesamte Bundesverband der Linksjugend [‘solid] eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Ideologien bitter nötig hat, welche vielen Mitgliedern immer wieder eine regressive Haltung nachweisen. Dabei sind wir uns bewusst, dass diese geistige Regression nicht nur ein Problem der SAV, sondern ein Problem der gesamten Linken ist. Da wir aber der Meinung sind, dass die SAV eine Avantgardstellung einnimmt, wenn es darum geht, ein Vorzeigemodell für linke, regressive Politik zu zeigen, haben wir die aktuelle Debatte als Anlass genommen, unsere Kritik zu äußern und emanzipatorische Positionen stark zu machen. [...]"

Veranstaltung

Politische Bildung

» 9.2., 19 Uhr, KulturGut Marzahn, Alt Marzahn 23, 12685 Berlin, „Der weite Weg zur Würde“, Referent: Roger Reinsch, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Zum Thema: Im Grundgesetz steht, die Würde des Menschen sei unantastbar. In der UNO-Deklaration der Menschenrechte von 1848 ist ausgesagt, sie sei angeboren. ... Wann also, fragte er sich, können die Menschen in Würde leben, und wie kann es ihnen gelingen, ein menschliches Dasein zu genießen?

Unzufrieden ...

... ist ein sehr freundlicher Ausdruck.

Denn: Die Schwimmhalle Helmut Behrendt am Helene-Weigel-Platz ist –endlich! – wieder geöffnet. Zwei Jahre war sie geschlossen; um die 6 Millionen sind für die Rekonstruktion verbaut worden.

Aber: Vom Geschäftsführer des Berliner Schwimmvereins Medizin Marzahn 1990 e.V. lag dem Sportausschuss der BVV zu seiner letzten Sitzung im Jahr 2009 ein Schreiben vor, in dem insgesamt 13 (dreizehn) Mängel aufgelistet sind, dass diese Schwimmhalle nicht mehr, wie vor der Rekonstruktion, sowohl für den allgemeinen Badebetrieb als auch für den Sportbetrieb geeignet ist.

Die BVV erhielt in ihrer Sitzung am 12.12.2009 davon Kenntnis, überwies den Antrag des Sportausschusses, der dem Bezirksamt empfahl, sich bei den zuständigen Stellen für die Beseitigung der Mängel einzusetzen, wieder in den Sportausschuss, der zu seiner kommenden Sitzung im Januar den Vertreter der Berliner Bäderbetriebe, Herrn Lippinsky, eingeladen hat.

„Marzahn-Hellersdorf links“ bleibt dran.

Horst Schubert

Hinten links

Die schöne Elena ...

... ist eine neue komplexe und bundesweit vernetzte Datenbank bei der Deutschen Rentenversicherung. Die Finanz-, Arbeits- und Meldeämter gleichen monatlich ab; andere (wie Wehrersatz-, Kriminal-) bei Bedarf.

Elena ist die Abkürzung für „Elektronischer Einkommensnachweis“ und wird seit 1. Januar 2010 gefüttert mit den Daten von etwa 41 Mio. Arbeitnehmern, um bis 2012 richtig zu wachsen.

Die Liste der Angaben, die Unternehmen nach diesem neuen Gesetz allmonatlich über ihre Arbeitnehmer zu machen haben, ist über 40 Seiten lang! Nicht nur detaillierte Einkommensdaten, ebenfalls erfasst werden Fehlzeiten, Disziplinarmaßnahmen, Kündigungsgründe, „wilde“ oder rechtmäßige Teilnahmen an Streiks usw. ohne dass die Betroffenen sich dazu äußern können.

Frage

Bei Datenschützern schrillen die Alarmglocken – wann „klingelt beim ‚deutschen Michel‘ der Wecker“?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 26.1., 9.2., 23.2., jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 3.2., 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» 3.2., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» 4.2., 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» 4.2., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

BO 32 lädt ein: Programmdebatte

» 20.1., 19 Uhr, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, zu Gast: Halina Wawzyniak, stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN zu Struktur- und Organisationspolitik, Programmdebatte

Freundeskreis

» 19.1., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» 18.1., 18 Uhr, **Dr. Gabriele Hiller (MdB)**, „Baukasten“, Riesaer Straße 2, 12627 Berlin

» 18.1., 17 - 18 Uhr, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linkenfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» 25.1., 16 Uhr, **Dr. Margrit Barth, (MdB)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 26.1., 18.30 - 20 Uhr, **Wolfgang Brauer (MdB)**, **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» 17.2., 16 - 18 Uhr, **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **jeden Donnerstag**, jeweils 10 - 13 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose (nicht an Schließtagen des Linken Treffs)

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 11.01.2010. Auslieferung ab: 13.01.2010. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 4.2. und 4.3.2010.